

SEVERIN BIGLER / AZM

«Es geht nicht mehr darum, Vokabeln zu lernen»

Silvia Steiner gibt Ende Jahr das Präsidium der Erziehungsdirektorenkonferenz ab. Im Rückblick erzählt sie von ihrem Kampf gegen Corona-Massnahmen und erklärt, warum man die Ansprüche ans Frühfranzösisch revidieren sollte.
Interview: René Donzé



«Wir wollen die bestmögliche Bildung, ohne die Jugendlichen noch mehr zu belasten»: EDK-Präsidentin Silvia Steiner über die Reform der Gymnasien.

NZZ AM SONNTAG: *Frau Steiner, Ende Jahr geben Sie das Präsidium der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) ab. Wofür braucht es dieses Gremium überhaupt?*

SILVIA STEINER: Die EDK ist die Stimme der Kantone in der Bildungspolitik und damit quasi die Hüterin der Zuständigkeiten. Unser Handeln muss stets auf die Interessen der Kinder und Jugendlichen und ihr Recht auf Bildung ausgerichtet sein. Gerade in der Bildung besteht die Gefahr, dass alle mitreden wollen – egal, ob sie zuständig sind oder nicht.

Besonders ausgeprägt war dies während der Corona-Krise. Man hörte, Sie hätten sich damals mächtig mit Bundesrat Alain Berset angelegt.

Wenn es um die Interessenwahrung der Kinder und Jugendlichen ging, schon. Wir haben aber auch gemeinsam Lösungen gesucht. Am Abend des 12. März 2020, kurz vor dem Lockdown, hat er mich angerufen und gesagt: «Ich will die Schulen schliessen!» Offensichtlich war der Druck aus Frankreich und der Westschweiz recht hoch in dieser Phase. Ich erwiderte ihm: «Das geht nicht!» Da wären auch alle Schulheime betroffen gewesen und viele Kinder, die keine Betreuungsmöglichkeiten zu Hause hatten. Wir einigten uns auf ein Präsenzunterrichtsverbot mit Ausnahmeregelungen für Kleingruppen und für die Kinderbetreuung.

Die Schliessungsphase der Schulen war dann auch relativ kurz im Vergleich mit dem Ausland.

Acht Wochen, das ist lange! Ich habe deshalb immer wieder beim Bundesrat interveniert. Ich verstand nicht, dass Tattoo-Studios und Coiffeursalons öffnen durften, die Schulen aber nicht. Das hat mich in meinem Gerechtigkeitsempfinden getroffen. Wir haben dann den Druck mit einem offenen Brief erhöht. Ich pochte darauf, dass die Kantone für die Schulen zuständig sind.

Die Angst seitens des Bundes war gross, dass sich das Coronavirus über die Schulen schnell verbreiten könnte.

Damals wurde ja behauptet, die Jungen seien die Treiber der Pandemie. Im Nachhinein zeigte sich, dass das nicht stimmte.

Wurde aus Ihrer Sicht mit den Massnahmen übertrieben?

Für mich gingen die Eingriffe dort zu weit, wo sie die persönliche Freiheit derjenigen einschränkten, die sehr verletzlich sind: bei den Kindern und den alten Menschen. Ich fand es herzlos, dass eine demente Mutter ihren Sohn nur noch durch eine Trennscheibe sehen durfte.

Sie ernteten aber auch Kritik, weil Sie Maskenpflicht an den Schulen verordneten.

Es ist uns gelungen, die Hoheit wieder zurück zu den Kantonen zu holen. Doch die Quarantäneregeln waren strikt und für die Kinder und Schulen eine echte Belastung. Ich verordnete im Kanton Zürich die Maskenpflicht widerwillig, nur um Quarantänen und Schulschliessungen zu vermeiden. Ich pochte aber auf lokal und regional angepasste Lösungen, der Bund hätte am liebsten überall die gleichen Regeln gehabt. Unser föderales System als Flickenteppich zu bezeichnen, fand ich sehr oberflächlich.

Die Politik versucht immer wieder, Bildung zum Thema zu machen. Dieses Jahr hat die FDP ein Bildungspapier verabschiedet, bald will auch die SVP ein solches präsentieren. Stört Sie das?

Ich begrüsse grundsätzlich, dass die Bildung wieder in den Fokus dieser staatstragenden Parteien rückt. Schliesslich geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft. Doch es wird schwierig, wenn nationale Parteien versuchen, die in der Bildungsverfassung festgeschriebenen kantonalen Zuständigkeiten aufzuweichen. Dagegen wehre ich mich vehement.

Silvia Steiner

Die Mitte-Politikerin ist seit 2015 Zürcher Bildungsdirektorin und seit 2017 Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz. Zuvor war sie Polizeichefin und Staatsanwältin.

Die Parteien wählen nun eine Strategie mit Mustervorstössen, die sie in den Kantonen einreichen.

Hier zeigen sich eben die Vielfalt des Systems und die Grenzen der Politik. Denn da werden Äpfel mit Birnen verglichen. Nehmen Sie zum Beispiel die Forderung nach Kleinklassen: Im Kanton Zürich sind Kleinklassen jetzt schon möglich. Im Kanton Basel-Stadt hingegen hat eine Initiative die Wiedereinführung solcher Klassen bewirkt. Die Kantone und die Gemeinden müssen ihre eigenen Wege finden, um mit der Problematik umzugehen.

Grundsätzlich aber sehen Sie das Problem, wenn zu viele schwierige Schülerinnen und Schüler in einer Klasse integriert werden?

Ich bin eine Verfechterin der Integration. Aber es gibt natürlich Fälle, in denen eine Kleinklasse die beste Lösung für ein Kind und sein Umfeld ist. Das muss jedoch immer das letzte Mittel sein. Denn es birgt die Gefahr, dass diese Kinder und Jugendlichen sich auch später nicht integrieren können. Die Schulen müssen in solchen Fällen individuelle Lösungen mit Time-outs oder Schulinseln suchen.

In die Kompetenz der EDK fällt der Sprachenkompromiss, auf den sich die Kantone beim Fremdsprachenunterricht geeinigt haben. Auch dieser gerät wieder in die Kritik. War es ein Fehler, zwei Fremdsprachen auf Primarstufe einzuführen?

Nein. Das Problem ist, dass die wenigsten in der Deutschschweiz gerne Französischunterricht haben und umgekehrt. Das sind schwer zu lernende Sprachen. Für das gegenseitige Verständnis und den Zusammenhalt in unserem Land ist es enorm wichtig, dass man die Sprache und Kultur der anderen Sprachregionen kennt.

Dafür bezahlen die Schulen einen hohen Preis in Form vieler Schulstunden, die laut Kritikern besser für Deutschunterricht eingesetzt würden. Mit der Folge, dass die Schüler beim Übertritt in die Sekundarstufe trotz allem kaum einen geraden Satz Französisch sprechen können.

Die nachfolgenden Schulstufen klagen häufig, die Schülerinnen und Schüler könnten zu wenig. Das ist nichts Neues.

Wäre es aus Ihrer Sicht nicht ohnehin besser, wenn man es bei den Fremdsprachen etwas lockerer nehmen würde – zumal man heute mit KI-Übersetzern auch ohne Französischkenntnisse problemlos kommunizieren kann.

Sie fragen mich, ob wir in unserem demokratischen System die Sprache der anderen nicht mehr lernen sollten? Das wäre falsch in einem viersprachigen Land. Aber man muss vielleicht die Ansprüche ans Frühfranzösisch revidieren und angesichts der KI den Fremdsprachenunterricht neu denken. Es geht nicht mehr darum, stur Vokabeln zu lernen, sondern vielmehr darum, ein Gespür für die Sprache zu entwickeln oder zu beurteilen, ob etwas richtig oder falsch ist, was mir ein Computerprogramm übersetzt.

Ist das eine Baustelle, die Sie Ihrem Nachfolger als EDK-Präsident, dem Walliser Christophe Darbellay, überlassen?

Nein, das ist vielmehr eine Baustelle für die pädagogischen Hochschulen: Sie müssen sich

NZZ AM SONNTAG

NZZ am Sonntag, 22.12.2024

Fortsetzung von Seite 11

damit auseinandersetzen, wie angehende Lehrerinnen und Lehrer Fremdsprachen künftig am besten vermitteln.

Müsste nicht vor allem die erste Sprache vermehrt gefördert werden? Internationale Studien stellen den Lese- und Schreibkompetenzen der Schweizer ein schlechtes Zeugnis aus.

Ich sehe das anders. Viel wichtiger für die erste Sprache ist die Förderung im Vorschulalter. Wir können nicht ständig nach Digitalisierung schreien, auf allen Computern Rechtschreibprogramme installieren und dann verlangen, dass die Kinder genau wissen, wie man jedes Wort richtig schreibt. Die Pädagogische Hochschule Zürich hat aufgezeigt, dass Kinder und Jugendliche heute zwar schwächer sind in der Rechtschreibung. Viel besser als früher sind jedoch die Vielfalt und die Originalität ihrer Texte. Also können sie doch genau das Richtige.

Das grösste Projekt, das Sie bei der EDK verantwortet haben, war die Reform der Gymnasien.

Das war eine grosse Aufgabe. Ich habe sie seinerzeit in Angriff genommen, obwohl die Kantone nur mässig begeistert waren. Nun aber haben wir die Reform geschafft, und die Kantone können sie im Rahmen ihres Gestaltungsspielraums umsetzen. Es ist an der Zeit, dass sich die Gymnasien neu denken.

Was wird sich verändern?

Neben den zwölf Grundlagenfächern gibt es Schwerpunktfächer und Wahlpflichtfächer, da erhalten die Kantone Freiheiten. Gleichzeitig arbeiten die Jugendlichen vermehrt interdisziplinär. Damit soll das vernetzte Denken und Handeln gefördert werden.

Wird in Zukunft noch mehr verlangt von den Gymnasiasten?

Für den Kanton Zürich habe ich die Linie klar vorgegeben: Wir wollen die bestmögliche Bildung, ohne die Jugendlichen noch mehr zu belasten. Das ist eine grosse Herausforderung.

Der Anteil der männlichen Gymnasiasten und Studenten sinkt. Steuert hier die Reform der Gymnasien gegen?

Ich hoffe sehr, dass wir mit den neuen Lehrplänen ein Angebot bereitstellen können, das auch die Buben und männlichen Jugendlichen besser bei ihren Interessen packt.

Bereiten Sie sich eigentlich mit Ihrem Rücktritt als EDK-Präsidentin auch langsam auf Ihren Abgang aus der Zürcher Regierung vor?

Nein. Das können Sie mich vielleicht 2027 fragen. Das EDK-Präsidium gebe ich wegen der Amtszeitbeschränkung auf acht Jahre ab, ich bleibe dort aber weiterhin Vorstandsmitglied. Ich bin voll im Saft und habe noch viel vor.